

Votum von Pfr. Dr. Lukas Kundert, Kirchenratspräsident der Evangelisch-reformierten Kirche des Kantons Basel-Stadt, vor der Synode der Römisch-katholischen Kirche des Kantons Basel-Stadt am 15. März 2016

Es gilt das gesprochene Wort

Herr Präsident, Herr Statthalter, liebe Synodale,
Herr Kirchenratspräsident, lieber Christian, liebe Kirchenräte
Liebe Schwestern und Brüder, meine Damen und Herren

Ich danke Ihnen, dass ich heute in Ihrer Synode kurz zu Ihnen sprechen darf. Ich habe um diese Gelegenheit gebeten. Denn ich will hier vor Ihnen allen bezeugen, dass mir die weltweite Ökumene unter uns Christen ein Herzensanliegen ist. Ich habe es im Gespräch mit Kardinal Kurt Koch gesagt und es stimmt noch immer für mich: Ich leide an der Spaltung der Westkirche wie an der Spaltung der ganzen Christenheit. Konfessionen haben ihr historisches und auch ihr geistliches Recht, darum trete ich dafür ein, dass die Konfessionen sich in ihrer Verschiedenheit versöhnen können.

Das sind nicht nur Lippenbekenntnisse. Wer mein kleines Büchlein über die reformierte Ekklesiologie liest, wird erkennen, wie sehr es Brücken zu bauen versucht gerade zu Ihrer Kirche, und zwar in einer Weise, in der ich mich auch persönlich im reformierten Kontext exponiere.

Und jetzt? Las man in der bz Basel am letzten Freitag die Schlagzeile «Besetzung wird zum Streit der Konfessionen». Was ist geschehen?

Die meisten unter Ihnen wissen, dass sich am 7. Februar dieses Jahres eine Gruppe von abgewiesenen Asylsuchenden mit ihren

Unterstützenden in der evangelisch-reformierte Matthäuskirche im Kleinbasel niedergelassen hat. Am Donnerstag, 4. März wurden die Asylsuchenden dort vom Migrationsamt kontrolliert und von der Polizei verhaftet. An diesem Vorgang hat sich eine Debatte darüber entzündet, ob es ein Kirchenasyl in der Schweiz gibt, respektive geben sollte.

In dieser Diskussion hat am 6. März eine erste Konfessionalisierung stattgefunden. In einer Sendung von Radio SRF2 Kultur hat Ihr Studierendenpfarrer, Pater Christoph Albrecht, an unsere Adresse folgende Ermahnung gerichtet: «Eine Kirche, die nicht für die unterdrückten Menschen entsteht, hat auch nicht ein Recht, von Gott zu sprechen». Das wurde im Beitrag als Antithese zu meiner Aussage platziert, wonach es nach dem Verständnis des Kirchenrats der ERK Basel-Stadt in einem Rechtsstaat ein Kirchenasyl weder de jure noch de facto gibt.

Zwei Tage später ist in der Basler Zeitung ein Kommentar von Thomas Gubler erschienen, in dem die Debatte um das Kirchenasyl definitiv konfessionalisiert wurde. Er schrieb sinngemäss: Es sei zwar richtig, dass es in der Schweiz ein Kirchenasyl nicht mehr gäbe, das heisse aber nicht, dass die Römisch-katholische Kirche es aufgegeben habe. Und insinuierte damit, dass die Reformierten es mit der Gewährung von Kirchenasyl gleich halten müssten, um dem moralischen und ethischen Anspruch an Kirche gerecht zu werden.

Darauf habe ich in meiner Replik reagiert. Dabei habe ich darauf verwiesen, dass einzelne prominente Exponenten der Römisch-Katholischen Kirche unserer Region die Besetzerinnen und Besetzer der reformierten Matthäuskirche aktiv angeleitet und unterstützt haben. Und dass es sich auch herausgestellt habe, dass von der Verhandlungsdelegation, die zum reformierten Kirchenrat entsandt wurde, niemand Mitglied unserer Kirche war, aber einige der katholischen Kirche angehörten oder dies jedenfalls so angaben.

Auf diese Grenzüberschreitungen habe ich mich in meiner Replik auf den Gubler-Artikel von vergangenen Donnerstag bezo-

gen. Von einer Art katholischen «Verschwörung», zu der meine Ausführungen tags darauf in der bz Basel zugespitzt worden sind, lesen Sie in diesem Text nichts. Ich habe auch der Römisch-katholischen Kirche das Recht nicht abgesprochen, für sich selber die Idee des Kirchenasyls hochzuhalten. Ich habe einfach die Frage gestellt, weshalb die Unterstützer eines Kirchenasyls römisch-katholischer Konfession dieses ihr Ideal nicht in ihren eigenen Räumen verwirklichen?

Denn Sie können mir glauben: Die Besetzung der Matthäuskirche hat die Evangelisch-reformierte Kirche in eine schwierige Lage gebracht. Es entstand eine Situation, in der alle nur verlieren konnten und tatsächlich verloren haben: Die Aktivisten selber, deren gut gemeinte Aktion am Abend des 3. März in Gewalt mündete. Die Asylbewerber, denen wider besseres Wissen Hoffnung auf ein Bleiberecht in unserer Kirche gemacht wurde. Die reformierte Kirche, deren Eigentum ohne Wissen ihres Kirchenrats, Dazutun, geschweige denn Einwilligung für ein letztlich politisches Anliegen instrumentalisiert wurde. Und schliesslich die Ökumene, die wir in diesem Kanton seit langem leben, indem die öffentliche Meinung einmal mehr genüsslich mit dem wohlfeilen medialen Klischee vom Zank der Konfessionen bedient wurde.

Liebe Schwestern und Brüder

Ich bitte Sie: Lassen wir uns durch solche Unterstellungen nicht auseinanderdividieren. Lassen wir uns nicht wegen einzelner Grenzüberschreitungen einander gram werden. Lassen wir uns nicht von der Empörungskultur in die Knie zwingen. Lassen Sie uns vielmehr weiterhin gemeinsam ein starkes Zeugnis für Jesus Christus ablegen.

Die Fastenzeit ist nach griechisch-orthodoxer Tradition eine Zeit der Enthaltung vom Bösen: In der Beherrschung der Zunge, im Verzicht auf Zorn, in der Trennung von Verleumdung, in der Wiedergutmachung für Unrecht, Reinigung des Gewissens, Be-

kenntnis der fehlerhaften Taten. Ich habe mich deshalb bemüht, in meiner Replik sachlich zu argumentieren, ohne Zorn und ohne Verleumdung. Dass dabei das Wort «Milieu» in den Text eingeflossen ist, ein Kollektiv, von dem sich viele katholische Mitchristinnen und Mitchristen vereinnahmt und «mitgemeint» gefühlt haben, tut mir von Herzen leid.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.